



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Er führte sie hinweg von ihren alten Schlupfwinkeln in das Heim, das er sich in der Grafschaft, wo er geboren war, bereitet hatte, und sie lernte mit lobenswertem Fleiß ihre Pflichten als Frau eines Geistlichen. Man erzählt, daß sie in spätern Jahren ein treffliches Traktat schrieb, betitelt „Gib dem Cäsar; oder die reuigen Landleute“. Darin war, was sie selbst erlebt hatte, ohne Namensnennung für die einleitende Geschichte verwertet. Stockdale ließ es drucken, nachdem er einige Korrekturen vorgenommen und ein paar eigne kraftvolle Sätze hinzugefügt hatte; und viele hundert Exemplare wurden von dem Paare im Laufe ihres Ehelebens verteilt.

Deutsch von Seda Prillipp



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs-Spiegel. (Nordschleswig.)

Längere Zeit hat das nördliche Grenzgebiet des Reichs die Aufmerksamkeit der fernab wohnenden deutschen Landsleute nur wenig in Anspruch genommen. Vor Jahren, als Herr von Köller das Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein übernahm, war das anders gewesen. Damals stritt man sich lebhaft um die Zweckmäßigkeit des Kurzes, den der neue Oberpräsident eingeschlagen hatte. Die feste Hand, mit der er die Zügel führte und die maßlose Agitation der Dänen in ihre Schranken wies, erschreckte die weichmütigen Seelen, die von der wirklichen Lage in der Nordmark des Reichs nur nebelhafte Vorstellungen hatten, indessen das Bedürfnis empfanden, ihre Prinzipien auch in dieser Frage zur Geltung zu bringen. Überdies wirkte der Name des Herrn von Köller bei gewissen Leuten wie das rote Tuch auf den Kampfstier; was er tat, mußte selbstverständlich grundverkehrt sein; man kannte es nicht, aber man mißbilligte es. Wirklich schienen die guten Leute zu glauben, daß Herr von Köller in seiner Provinz die Rolle des Herzogs Alba in den Niederlanden spiele. Unterdessen blickten die Deutschen in Nordschleswig mit dankbarem Vertrauen zu ihrem Oberpräsidenten auf, und auch die Dänen, soweit sie besonnene und vernünftige Leute waren und sich gegenüber den fanatischen Führern der dänischen Hezypartei ein eignes Urteil erlauben konnten, fanden ihn so übel nicht, den wohlwollenden, vornehm denkenden Herrn, der jedem sein Recht ließ, aber allerdings in Fragen der Staatsautorität keinen Spaß verstand. Nur die freisinnige Presse der Provinz schimpfte anstandslos ein bißchen weiter, aber eigentlich nur um ihre Parteigenossen im Reich, die ja von Verweis wegen auf den „Reaktionär“ Köller schimpfen mußten, nicht zu arg zu blamieren; böß war es nicht gemeint. Als einige Zeit später das „Berliner Tageblatt“ einen eignen Korrespondenten nach Nordschleswig schickte, um in farbenprächtigen Schilderungen das Mitleid des liberalen Deutschlands mit den gemißhandelten dänischen Brüdern wachzurufen, da ging es dem Manne wie dem Propheten Bileam. Er war ausgezogen, um zu fluchen, und siehe da, er segnete! Denn wahrheitsgetreu mußte er berichten, daß von einem Druck, der auf die Dänen angeblich ausgeübt werden sollte, gar nicht die Rede war. So beruhigte man sich allmählich über den Kurs der preussischen Dänenpolitik, und als nun Herr von Köller, dessen Persönlichkeit dem rechtgläubigen Liberalismus natürlich trotzdem ein Greuel geblieben war, nach Elsaß-Lothringen ging und in Schleswig-Holstein Herrn von Wilnowski Platz machte, da sprach man kaum noch von der Sache, obwohl der neue Oberpräsident die Praxis seines Vorgängers beibehielt und nur deshalb milder erschien, weil die Politik schon ihre Wirkungen getan und die Agitation vorsichtiger gemacht hatte.

Der einzige dänische Abgeordnete im Deutschen Reichstage — bis zum vorigen Jahre war es der inzwischen verstorbene Abgeordnete Jessen — hielt zwar pflichtschuldig jedes Jahr seine Anklagerede gegen die preußische Regierung wegen Vergewaltigung der dänisch sprechenden Nordschleswiger, aber das machte wenig Eindruck, und nur die für jede kleine Sensation dankbaren Tribünen nahmen davon Notiz, weil es dabei nicht selten einen Ordnungsruf setzte. So schien die nordschleswigsche Frage zu denen zu gehören, die der nationale Politiker zwar mit Interesse verfolgte, die aber kaum zu besondern Erörterungen Anlaß gab.

Nun ist diese Frage doch wieder in den Vordergrund getreten und hat in gut nationalen Kreisen eine gewisse Aufregung hervorgerufen, weil man in verschiedenen Vorgängen der letzten Zeit einen Kurswechsel zu erkennen glaubte. Wie ist nun die Lage zu beurteilen?

Die Deutschen in Nordschleswig urteilen begreiflicherweise aus den Erfahrungen heraus, die sie in ihrer nächsten Umgebung alltäglich machen. Sie sehen die Anstrengungen einer fremden Nationalität, mit Unmaßung und Fanatismus ihr vermeintliches Recht in einem deutschen Lande zu behaupten. Sie sehen sich von einer fremden Minderheit beständig in ihren heiligsten Empfindungen als Deutsche und Staatsbürger verletzt. Sie sehen endlich mit Ingrimm, daß ihre Nation, der das Land gehört, von jenem fanatischen Häuflein in eine Verteidigungsstellung gedrängt wird. Kein Wunder, daß sie empfindlich werden gegen alles, was nach einem Rückzug der Staatsregierung aussieht. Unwillkürlich ziehen sie Vergleiche mit andern Grenzgebieten des Deutschen Reichs, und so erscheint ihnen ihre Lage ähnlich wie die der bedrängten Deutschen in den Ostmarken.

Hierin liegt nun allerdings doch ein Irrtum, der sehr ins Gewicht fällt. Man kann die polnische und die dänische Minderheit nicht ohne weiteres miteinander vergleichen. Die Polen erstreben die Wiederherstellung der selbständigen, politischen Geltung ihrer Nation, die sie verloren haben. Die Dänen dagegen bilden einen unabhängigen Staat, der innerhalb des europäischen Staatensystems allgemein anerkannt ist. Es braucht nicht erst ein Dänemark geschaffen zu werden, wie ein neues Polen geschaffen werden müßte, wenn man die Wünsche der polnischen Nation erfüllen wollte. Will also Dänemark eine Änderung in der Lage der außerhalb seiner anerkannten Grenzen wohnenden Dänen herbeiführen, so muß es sich dazu der Mittel bedienen, die jedem unabhängigen Staate zu Gebote stehen, das heißt es muß entweder in Verhandlungen eintreten, um zu einem Vertrag zu gelangen, oder es muß Krieg führen. Es ist also eine Macht vorhanden, die die volle, freie und legitime Verantwortung für alle Entschlüsse übernehmen kann, die in der Richtung der nationalen Wünsche liegen. Wie weit das wirklich geschieht, kommt hier nicht in Betracht. Für die Polen liegt jedenfalls die Sache anders. Für sie gibt es keine Macht, die im Namen der ganzen Nation verhandeln oder Krieg führen kann. Hier gibt es nur den Weg der illegitimen Auflehnung gegen die bestehende Staatszugehörigkeit.

Mit andern Worten: die Polenfrage ist für jeden der beteiligten Staaten zunächst eine interne Frage; die nordschleswigsche Frage dagegen berührt die Beziehungen zu einem unabhängigen Nachbarstaat, kann also nicht ganz losgelöst werden von den Rücksichten und Interessen der auswärtigen Politik.

Es braucht hier nicht zergliedert zu werden, welche Gründe für Deutschlands auswärtige Politik vorliegen, mit dem kleinen Nachbarstaat im Norden, dessen Bevölkerung, der südlichste Stamm der Nordgermanen, der niederdeutschen Art so nahe steht, gute Beziehungen zu pflegen. Die Feindschaft zwischen Deutschen und Dänen hat etwas Unnatürliches. Obwohl beide Völker im Mittelalter harte Kämpfe ausgefochten haben, ist ein wirklicher Haß der Nationen niemals daraus

entstanden. Erst im neunzehnten Jahrhundert gewann die schleswig-holsteinische Frage ihre für Dänemark bedrohliche Gestalt. Der ohnehin kleine Staat mußte den Verlust von fast einem Drittel seines damaligen Gebiets gewärtigen. Unter dem Druck dieser Gefahr wuchs der Troz und der Ehrgeiz der Nation. Sie suchte gewaltsam festzuhalten, was ihr zu entschlüpfen drohte, wenn das alte Recht Bestand haben sollte. Und nun fingen die Dänen an, in Schleswig-Holstein die Herren zu spielen, und zwar die harten, eifrigen, brutalen Herren, die am liebsten das Land über Nacht dänisch gemacht hätten. Mittlerweile aber war auch das deutsche Nationalgefühl erwacht, und gerade die schleswig-holsteinische Frage sollte es sein, an der es sich immer mehr aufrichtete. Das fühlten die Deutschen in der Nordmark sehr wohl, und mutig nahmen sie den Kampf um ihr gutes Recht auf. Von den Dänen aber wurden sie immer leidenschaftlicher unterdrückt und als Rebellen oder Verräter behandelt. In dieser Zeit wuchs der Haß zwischen Deutschen und Dänen, bis die Kanonen die letzte Entscheidung brachten und das deutsche Land endgiltig von Dänemark lösten. Seitdem sind 43 Jahre vergangen, und nichts ist geschehen, was auch nur im geringsten als ein Anzeichen gedeutet werden könnte, daß über das Schicksal Schleswig-Holsteins noch nicht das letzte Wort gesprochen wäre. Den Völkern sind neue und bessere Aufgaben gestellt, als in unfruchtbarem Groll über die Vergangenheit auch dann nebeneinander herzugehen, wenn Vernunftgründe und Rassenverwandtschaft in gleichem Maße dafür sprechen, daß man in Zukunft Hand in Hand geht.

In der Tat beginnen in den maßgebenden Kreisen des unabhängigen dänischen Staats die Wunden zu verharzen, die dem Selbstgefühl des stolzen, zähen und ehrliebenden Volks geschlagen worden sind. Zwischen den beiden Herrscherhäusern besteht schon eine herzliche Freundschaft, und auch sonst wächst im dänischen Volke die Einsicht von der Nutzlosigkeit und Sinnlosigkeit des alten Grolls gegen die geistesverwandte, mächtig aufstrebende Nachbarnation. Auf dieser Grundlage ist der vielbesprochene „Otantantenvertrag“ zustande gekommen. Er bedeutet eine Anerkennung des gegenwärtigen Besitzstandes, wie sie in vorbehaltloser Form bisher von der offiziellen dänischen Staatsgewalt noch nicht ausgesprochen worden war. Dafür hat die deutsche Regierung einen Beweis vertrauensvollen Entgegenkommens gegeben, indem sie die bisher in staatsrechtlichem Sinne heimatlosen Optantenkinder in den preußischen Staatsverband aufnahm.

Das war ein Schritt, der vom Standpunkt einer weiterschauenden, großen Politik aus gebilligt werden muß. Daß es in Dänemark auch intransigente Stimmen gibt, die von Veröhnung nichts wissen wollen, und die sich in der haltlosen Behauptung gefallen, der Verzicht auf den nördlichen Teil von Schleswig sei in dem Vertrage von Dänemark gar nicht ausgesprochen worden, kann an diesem Urteil nichts ändern.

Nun sehen wir aber auch die Deutschen Nordschleswigs nicht nur von starker Besorgnis erfüllt, sondern zu einem großen Teil geradezu erbittert und tief gekränkt und entmutigt. Haben sie ein Recht zu dieser Auffassung?

Wir haben der Leitung der auswärtigen Politik unbedingt Recht gegeben, daß sie die Gelegenheit, die Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark wieder auf einen gesunden Boden zu stellen, nicht von der Hand gewiesen hat. Aber wenn wir den Zusammenhang der nordschleswigschen Frage mit den Rücksichten der auswärtigen Politik stark betont haben, so ist damit nicht gesagt, daß die Frage nur von diesem Gesichtspunkt aus anzusehen ist. Sie ist vielmehr zugleich eine interne Frage des preußischen Staats. Insofern hatten die deutschen Nordschleswiger ein Recht darauf, daß die Empfindungen dieser kampfmütigen und treu ausstehenden Männer geachtet wurden. War es nötig, nach dem Abschluß des Optantenvertrages

die „Politik der festen Hand“, die nachgerade die Billigung aller Deutschen von fester, nationaler Gesinnung gefunden hatte, aufzugeben? War es richtig, die Herausforderungen der inländischen dänischen Agitatoren, den frechen Hohn, mit dem sie sogar die dänische Regierung direkt zu einer illoyalen Auslegung und Handhabung des geschlossenen Vertrages aufforderten, mit Versöhnungs- und Verbrüderungsversuchen und mit gänzlich überflüssigen Liebenswürdigkeiten zu beantworten? Man wird auf diese beiden Fragen ruhig mit Nein antworten können. Die Pflege der guten Beziehungen zu Dänemark, die loyale Ausführung des Vertrags, die gerechte Behandlung der preussischen Staatsbürger dänischer Zunge schließen durchaus nicht die Notwendigkeit ein, daß der preussische Staat von seinen besten Traditionen abweicht und seine Autorität einer unverschämten Agitation preisgibt. Die „feste Hand“ bedeutet kein Schema, das etwa eine rauhe, ungerechte Behandlung der dänisch sprechenden Bevölkerung mit sich brächte; sie ist durchaus vereinbar mit den Rücksichten, die die hohe Politik fordert, denn sie geht ja nicht angriffsweise vor, sondern ist nur die natürliche Gegenwirkung der Staatsgewalt gegen die Tätigkeit der Agitatoren, die auch die dänische Regierung im Grunde nur kompromittieren, ohne ihr zu nützen. Nachdem der preussische Staat, dem Optantenvertrag gemäß, eine nicht unbeträchtliche Anzahl national unzuverlässiger Elemente in seinen Staatsverband aufgenommen, sich selbst freiwillig die Möglichkeit der Ausweisung dieser Elemente abgeschnitten und so das Gleichgewicht zuungunsten der deutschen Bevölkerung verschoben hatte, konnte er um so mehr mit ruhigem Gewissen die Wirkung seines Entgegenkommens abwarten und den dänischen Hepaposteln genau in dem Maße entgegentreten, wie sie es selbst herausforderten. Man war das gerade unter diesen Umständen den Deutschen schuldig. Es ist gewiß recht gut, wenn nicht der Eindruck entsteht, als ob das Dänentum nur durch besondere Maßregeln der Regierung in Schranken gehalten werde. In Wahrheit liegt die Sache so, daß das Deutschtum in Nordschleswig aus natürlichen Gründen im Vordringen begriffen ist, und die Leidenschaftlichkeit und der Fanatismus der nordschleswigschen Dänenführer erklärt sich gerade dadurch, daß sie sehr deutlich das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem unaufhaltsamen Entwicklungsprozeß haben. Die Deutschen werden und können daher gern auf besondere Hilfe und künstliche Förderung durch die Regierung verzichten. Aber in dem Augenblick, wo die feindliche Agitation mit besonderer Gehässigkeit einsetzt, um die Wirkungen der beginnenden Versöhnung und Beruhigung zu hintertreiben, sollte die Regierung gerade der unabhängigen deutschen Bevölkerung freies Spiel lassen, nicht aber an dieser Stelle das Gefühl erzeugen, daß die Regierung sie nicht nur im Stich läßt, sondern ihr auch in den Arm fällt.

Wir sind also der Meinung, daß der neue Oberpräsident von Bülow — sein in den Bahnen der Herren von Köller und von Wilimowski wandelnder Vorgänger von Dewitz ist leider aus dem Dienst geschieden — einen schweren Fehler begangen hat, als er eben jetzt den Augenblick für gekommen hielt, denselben Dänen, die soeben noch der Staatsautorität ins Gesicht geschlagen hatten und wieder einmal bis an die Grenze des Landesverrats gegangen waren, die Arme noch weiter zu öffnen, als es ohnehin schon geschehen war, und diesen „Brudergruß“ mit einer recht wenig angebrachten Ermahnung an die Deutschen zu begleiten. Er setzte sich dadurch zunächst einer persönlichen Niederlage aus, denn sein Appell wurde von den Deutschen, an die die Rede gerichtet war, mit vielsagendem Schweigen aufgenommen, während die folgende mannhafte und dabei besonnene Erklärung des Grafen Rantzau mit dem alten deutschen Kampfliede der Nordmark: „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ beantwortet wurde. Die weitere Folge der Rede des Oberpräsidenten wird aber auch eine Verschärfung der Kampf Stimmung sein, da

dem Übermut der Dänen die Erbitterung der Deutschen entspricht. Das ist das Gegenteil von dem, was erreicht werden sollte. Ein festes Auftreten würde den Zwecken der auswärtigen Politik besser gedient haben, denn die dänischen Hezer arbeiten ja gerade diesem Ziel entgegen und vertreten keineswegs die Bedürfnisse und Interessen der friedlichen dänischen Bevölkerung. Hoffentlich sieht man das noch rechtzeitig ein, denn wenn auch keine Gefahr für den Verlust dieses Grenzgebieten besteht, so gehen doch von den dortigen Zuständen Rückwirkungen aus, die im nationalen Interesse vermieden werden müssen. Das straffere Anziehen der Zügel braucht nicht in einer Weise zu geschehen, die — wie einst bei Herrn von Büller — Aufsehen und Widerspruch aus parteipolitischen Gründen weckt; man kann die mildeste Form wählen, aber das Prinzip muß gewahrt werden.

Japan als kolonialisatorische Macht. Eine englische Übersetzung des Buches von Yosaburo Takekoshi „Japanische Herrschaft auf Formosa“ ist soeben bei Longmans Green & Co. erschienen, zu der Baron Shimpei Goto die Einleitung geschrieben hat. Das japanische Experiment in Formosa ist für alle kolonialisatorischen Mächte von großem Interesse — namentlich auch da die aus Korea kommenden Nachrichten in keiner Weise schmeichelhaft für die östliche Großmacht klingen —, sodaß wir, da das Buch Takekoshis uns noch nicht zugänglich ist, einiges darüber amerikanischen und englischen Wochenschriften entnehmen, von denen die amerikanischen gewiß den Japanern gern etwas am Zeuge flicken wollen. Japan soll als kolonialisatorische Macht beurteilt werden, das ist der Zweck des Buches Takekoshis; aber da es natürlich ist, daß der japanische Patriot darauf ausgeht, die Situation so schön wie möglich zu färben, so müssen seine Schlüsse mit einer gewissen Reserve aufgenommen werden. Einst wird Korea erzählen, was Japan in der Kolonisation leisten kann, sodaß ein endgiltiges Urteil doch erst in Dekaden gefällt werden kann; vorerst spricht Formosa allerdings zu Japans Gunsten, namentlich in finanzieller Hinsicht. Fast sieht es aus, als ob die neue Großmacht bis 1910 alle auf Formosa ausgegebenen Millionen wieder daraus hervorgeholt haben würde, ein Umstand, der wohl berechtigt ist, die Amerikaner eifersüchtig zu machen, wenn sie an die für die Philippinen verschleuderten Millionen denken, die unrettbar verloren sind. Was Eisenbahnen und Straßen, Telegraph und Telephon und endlich Sanierung betrifft, so sind in der Tat gewaltige Fortschritte auf Formosa gemacht worden. Es herrscht wirklich Ordnung auf der großen Insel; und das sprichwörtliche junge Mädchen kann allein sicher dort reisen, selbstverständlich abgesehen von den unzivilisierten Teilen, wo jetzt mit militärischer Macht gegen die Eingebornen vorgegangen wird. Allerdings darf auch nicht vergessen werden, daß der finanzielle Erfolg der japanischen Regierung nicht zum kleinen Teil auf dem Opium-, Salz- und Kampfermonopol beruht. Eine Reform des Gerichtswesens muß auch noch angebahnt werden. Takekoshis Buch enthält eine ausgezeichnete historische Schilderung von Formosas Vergangenheit und eine geographische Schilderung der Insel sowie eine Statistik ihrer Bodenschätze. In dieser Eroberungsperiode ist es von Interesse, daß man die Anzahl der auf Formosa lebenden Wilden festzustellen versucht hat.

In einer andern Stelle von The Nation lesen wir darüber: Die Nachricht der Times, daß Japan achttausend Mann nach Formosa schickt, um die wilden Stämme an der Ostküste von Formosa zu unterwerfen, zeigt, daß man von der Politik des früheren Generalgouverneurs Viscount Kodama abzuweichen gedenkt. Er hatte es unternommen, diese Schwierigkeit zu lösen, indem er die Eingebornen sich selbst überließ; Macht wurde nur angewandt, wenn die Eingebornen versuchten, ihre Gebiete zu verlassen. Der zivilisierte Teil der Insel ist durch eine Grenze von

Blochhäusern geschützt, einem wahren japanischen Times; und Viscount Rodama hatte die Absicht, hier noch im westlichen Teil weiterzukommen, ehe er an die Unterwerfung der Wilden denken wollte. Japan hat das Gefühl, daß es in Formosa als kolonisiatorische Macht vor dem Gericht der Öffentlichkeit steht, und daß nach seinen dortigen Erfolgen seine Bestrebungen in Korea und der Mandschurei beurteilt werden würden. Die Japaner sind von einer ganz besondern Empfindlichkeit gegenüber fremdem Urteil; sie wollen darum ihre Leistungen auf Formosa genau gewürdigt haben, wozu neben dem erwähnten erschöpfenden Buche von Takefoshi die japanischen Blaubücher stets Gelegenheit gegeben haben. Man darf also wirklich sagen, daß Japan auf vieles, was auf der Insel geschehen ist, stolz sein kann. Das Raubwesen, der Fluch der Jahrhunderte, ist beseitigt; die Zivilverwaltung war durch Viscount Rodama bald an Stelle des militärischen Gouvernements gesetzt worden. Wenn man Formosa noch heute „die Insel der Schutzleute oder Polizeidiener“ nennen kann, so ist doch zu bemerken, daß diese Policemen dem Generalgouverneur direkt verantwortlich sind. Gewiß sind die Steuern unter der japanischen Herrschaft bedeutend höher geworden; aber dies wird wohl dadurch aufgewogen, daß die Zahlungen an die Briganten und die korrupten Beamten Chinas aufgehört haben, daß Eisenbahnen und Straßen gebaut, Leben und Eigentum gesichert sind. Dazu erhält der Pflanzler weit bessere Preise für seinen Reis, die Löhne sind höher, und die Gelderwerbs- und Geschäftsmöglichkeiten sind gewachsen. Im Jahre 1904 hat Japan den letzten Zuschuß zu der Verwaltung der Insel gezahlt, jetzt steht sie auf eignen Füßen, und 1910 hofft Japan, wie schon bemerkt worden ist, sein Geld wieder herausbekommen zu haben, ganz abgesehen von den dem Mutterlande für alle Zeiten zuteil gewordenen Handelsvorteilen.

Im Jahre 1899 brachte Formosa 20 529 000 Bushels Reis hervor, 1904 sind daraus 41 598 000 Bushels, mehr als das Doppelte, geworden. Die Eisenbahnen mit 400 Kilometern Ausdehnung — gegen 95 — zählen sich selbst; 9000 Kilometer gute Straßen, fast alle zwischen 1899 und 1902 gebaut, durchziehen das Land. Drahtloser Telegraph und Telephon sind eingeführt worden, und 3000 Kilometer Telegraphenlinien sind in Funktion. Hat nun auch Japan den besten Beweis dafür geliefert, daß es eine kolonisierende Nation sein darf: liefert es eine gerechte Regierung für Formosa, und sind die Inselbewohner zufrieden? Takefoshi sagt: „Neues Territorium kann durch das Schwert gewonnen werden, aber ohne daß die erobernde Nation die Eigenschaften hat, die für die weise Administration ihrer Besitzungen ein Bedürfnis sind, muß Enttäuschung und Auflösung unbedingt folgen.“ Takefoshi läßt merken, daß die Erfolge Japans auf Formosa das Reich in die Gemeinschaft der großen Kolonialmächte der Erde aufnehmen, er zweifelt nicht an dem endlichen Glück der Formosaner unter japanischer Herrschaft, gerade so wie er das Regierungsmonopol auf Salz, Kampfer und die ganze Tabakindustrie verteidigt. Klug genug wären ja auch die Japaner, wenn sie die folgende Maxime verfolgten: „Jeder Versuch, unsre Gewohnheiten und sozialen Institutionen den Formosanern aufzuzwingen und sie nach japanischem Modell umzuformen, wird unsre Politik nur Gefahren aussetzen und uns in der Kolonisation der Insel gar keinen Nutzen bringen. Vergessen wir nicht, daß der Erfolg in der Kolonisation von Tropenländern darin liegt, daß man das Vertrauen der Eingebornen durch liberale und weise Administration und ihre Heranziehung zur loyalen Mitarbeit gewinnt.“ Wahre und beherzigenswerte Worte, die die Japaner hier für tropische Kolonialgebiete — und nicht bloß ihre eignen — aussprechen: in Korea und der Mandschurei, als nichttropischen Gebieten, machen sie auch wirklich keinen Gebrauch davon, und der Ausblick auf die japanischen Erfolge in Korea ist ebenso düster, als er für Formosa hell erscheint.

Kultur- und Universalgeschichte. An der Leipziger Universität ist die Bildung eines Seminars für Kultur- und Universalgeschichte im Gange. Lamprecht, der Schöpfer der neuen Einrichtung, ist schon seit mehreren Jahren dabei, von den Studien und der Darstellung der deutschen Geschichte zu einer einheitlichen, psychologisch-historischen Erfassung der Entwicklung der Erdbevölkerung überzugehen. Das neue Seminar soll zugleich dieser in ihrer gründlichen Art ersten Weltgeschichtsforschung dienen und ihren Teildisziplinen, den Kulturgeschichten einzelner Nationen. Wir wünschen heute hier auf einige literarische Vorposten dieser verheißungsvollen Bestrebungen aufmerksam zu machen. Lamprecht gibt neuerdings in zwei Serien die besten der Arbeiten seiner Schüler heraus. Bei Perthes erscheinen „Geschichtliche Untersuchungen“ — darin volkpsychologisches, wie die guten Studien von Arens „Das Tiroler Volk in seinen Weistümern“, Markgraf „Das moselländische Volk in seinen Weistümern“ und Brandt „Der Bauer im Herzogtum Sachsen-Altenburg“ — und eine Anzahl trefflicher Untersuchungen zur Geschichte des historischen Denkens (zum Beispiel über Mosheim, Gerding, Liden, Bodin, Abbt). Die andre Reihe heißt geradezu „Beiträge zur Kultur- und Universalgeschichte“ (Voigtländer), hebt an mit einer verständigen, großzügigen und frisch geschriebenen Arbeit über Goethe als Geschichtsphilosoph, die das Thema viel weiter und tiefer faßt als die wohl manchem unsrer Leser bekannten Schriften von Wegele und Lorenz, und läßt dann unter anderm zwei Studien über die Entwicklung des ältesten japanischen Seelenlebens nach seinen literarischen Ausdrucksformen und über die altchinesische Ornamentik folgen. Alles das ist methodisch sicher gearbeitet, und solange wir Lamprechts eigne Darstellung der Weltgeschichte noch zu erwarten haben, wird man diesen überraschend neuen Bausteinen zu einer uns befriedigenden Vorstellung von dem, was man Weltgeschichte nennt, volles Interesse nicht versagen können.



Die Verbreitung des Odol über die ganze Erde steht ohne Beispiel da.

Es gibt kein zweites Industrieprodukt, das eine derartig enorme Verbreitung in allen Ländern gefunden hat.